



Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen in Schweden am 14. September?



Autor : Corinne Deloy

Am 14. September werden die Schweden die 349 Mitglieder des Riksdag (Parlament) neu wählen. Den Umfragen zufolge, muss die rechtsgerichtete Koalitionsregierung (Moderate Sammlungspartei (M), Liberale Partei (FpL), Zentrumspartei (C) und Christdemokratische Partei (KD) von Premierminister Fredrik Reinfeldt (M), die seit 8 Jahren an der Macht ist, zum ersten Mal in der Geschichte des Königreichs befürchten, in die Opposition zu gehen und den Platz frei zu machen für eine von dem Sozialdemokraten Stefan Löfven (SAP) angeführte linke Regierung. Die letzte Umfrage, die vom Institut Sifo durchgeführt und Mitte August veröffentlicht wurde, sieht eine Mehrheit für die linken Kräfte voraus, die zusammen 176 Sitze erreichen könnten (141 Sitze für die rechten Parteien). Die Sozialdemokratische Partei könnte 30,3 % der Stimmen, die Grünen 11,1 % und die Linke 7,9 % (also 49,3 % insgesamt) erhalten. Die Zentrumspartei (3,8 %) und die Christdemokratische Partei (3,4 %) lägen unter der 4 %-Hürde. Insgesamt könnten die rechten Parteien 38,5 % der Stimmen erhalten. Die Schwedendemokraten bekämen 10,1 % der Stimmen und damit 32 Sitze.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Wahlen : Schottland **Finanzkrise** : Italien - Frankreich - Deutschland - Portugal
Europäischer Rat : Ergebnisse - Ernennungen
Kommission : Beilegung/Rechtsstreitigkeiten - Milch - Obst/Gemüse -
Fischfang/Färöer-Inseln **Diplomatie** : Irak **EZB** : Entscheidungen -
Arbeitslosigkeit/Eurozone **Deutschland** : Lohngleichheit - Balkan - Ukraine - Sachsen
Österreich : Rücktritt **Frankreich** : Umbildung **Italien** : Frontex +
Rumänien : Gaspipeline **Vereintes Königreich** : Migration **Türkei** : Regierung
Ukraine : Auflösung - Spannungen/Russland **Europarat** : Belgien **IWF** : Ukraine
Eurostat : Handel - BIP - Arbeitslosigkeit - Inflation **Kultur** : Kino/Venedig -
Foto/Perpignan

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Wahlen :

Schottisches Referendum am 18. September

Soll Schottland ein unabhängiger Staat werden? Das ist die Frage, die 4 Millionen wahlberechtigte Bürger mit Sitz in Schottland am 18.



September mit "ja" oder "nein" beantworten müssen (die in Schottland geborenen, aber nicht auf den Wählerlisten der Region eingetragenen Personen sind nicht zur Wahl zugelassen, wohingegen die in England geborenen und in Schottland lebenden Personen wahlberechtigt sind). In Schottland leben etwa 500.000 Engländer, 800.000 Schotten leben in England. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren sind ebenfalls zur Abstimmung zugelassen. Im Gegensatz zum Referendum von 1997 ist keine Mindestwahlbeteiligung für die Gültigkeit der Wahl erforderlich. Im Falle eines Sieges des "ja" wird Schottland 18 Monate später, also am 24. März 2016, unabhängig. Das Datum wurde keinesfalls zufällig gewählt, da es sich um den Jahrestag der Unterzeichnung des Unionacts zwischen Schottland und England handelt, die 1707 zur Gründung Großbritanniens und zur Besteigung des englischen und irischen Throns durch den schottischen König Jakob VI führte...
[Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Rezession in Italien



Nach Angaben des Statistikamtes ISTAT, die am 29. August veröffentlicht wurden, sei Italien im zweiten Trimester bei einer Schrumpfung des BIP um 0,2 % in die Rezession gerutscht. Damit verzeichnet das italienische BIP das zweite Trimester in Folge einen Rückgang (nach -0,1 % im ersten Trimester)... [Fortsetzung](#)

Erneuter Anstieg der Arbeitslosigkeit in Frankreich



Die Arbeitslosenzahlen vom Juli, die am 27. August veröffentlicht wurden, zeigen, dass die Zahl der Arbeitsuchenden ohne Tätigkeit (Kategorie A) um 27.400 Personen in ganz Frankreich (DOM unbegriffen) gestiegen ist. Es handelt sich nach Februar um den zweitstärksten Anstieg seit Jahresbeginn. Die Zahl der Arbeitsuchenden lag in ganz Frankreich bei 3.689.500 Millionen Personen und überschreitet damit die symbolische Grenze von 3,4 Millionen in Kontinentalfrankreich. Zählt man die Arbeitslosen, die in Kurzarbeit lebten, hinzu (Kategorie A, B und C), erreicht der Anstieg sogar 43.500 Personen, was die schlechteste Zahl seit Januar ist. Die Zahl der von diesen drei Kategorien umfassten Personen erreicht nunmehr 5.386.600 Millionen Personen... [Fortsetzung](#)

Deutsche Wirtschaft hält noch stand



In ihrem Monatsbericht vom August 2014 warnt die Bundesbank, dass die wachsenden geopolitischen Spannungen eine immer schwerere Hypothek seien. Eine allgemeine Verschlechterung der Wirtschaft sei ihrer Ansicht nach dennoch nicht in Sicht. Das BIP sank im zweiten Trimester im Verhältnis zum ersten Trimester um 0,2 %, wo das BIP, begünstigt durch einen außergewöhnlich milden Winter, sehr stark um 0,7 % stieg. Die Bundesbank schätzt den Negativeffekt auf 0,3 %, sodass es im zweiten Trimester immerhin ein minimales Wachstum von 0,1 % gegeben habe. Außerdem blieb die Arbeitslosenquote in Deutschland im August, trotz einer am 28. August von der Bundesagentur für Arbeit angekündigten überraschenden Steigerung der Arbeitslosenzahlen, saisonbedingt stabil bei 6,7 %. Der Arbeitsmarkt der führenden europäischen Wirtschaftsnation verzeichnet seit März eine Stagnation der Arbeitslosenzahlen, die im Hinblick auf die ihrer europäischen Nachbarn auf niedrigem Niveau seien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Berichtigtes Haushaltsbudget in Portugal



Die portugiesische Regierung hat am 26. August erklärt, ein zweites berichtigtes Haushaltsbudget für 2014 angenommen zu haben, das dem Land ermöglichen solle, das Ziel, sein Staatsdefizit in diesem Jahr auf 4 % des BIP zu senken, zu erreichen. Der Gesetzesentwurf "berichtigt die Auswirkungen der Entscheidungen des Verfassungsrates", der mehrere Sparmaßnahmen zurückgewiesen habe, präzisierte die Regierung am Ende eines außerordentlichen Treffens des Ministerrates. Der neue Text sehe jedoch keine Steuererhöhungen vor, bekräftigte die Exekutive, die in einem Kommuniqué klarstellte, dass das Haushaltsbudget von einer "positiven Entwicklung der Beschäftigung" profitiere, die eine "Reduzierung des Arbeitslosengeldes und eine Erhöhung der Steuereinnahmen" erzeuge. Das portugiesische Finanzministerium kündigte am 25. August ein Haushaltsdefizit von 5,82 Milliarden Euro zwischen Januar und Juli an, was 389 Millionen Euro mehr entspricht als im vergangenen

Europäischer Rat :

Ergebnisse der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates vom 30. August



Am Rande der Nominierungen der Kandidaten für wichtige EU-Posten haben die 28 Staats- und Regierungschefs am 30. August 2014 über internationale Krisenherde diskutiert. Sie verurteilten die Lage in der Ukraine und unterstützten den Friedensplan von Herrn Porochenko, der sich in Brüssel aufhielt. Sie unterstrichen ihre Sorge ob der Lage in der Ukraine, die sich trotz des Zusammentreffens mit Vladimir Putin am 26. August nicht entspannt habe. Sie wünschen sich eine schnelle Lösung des Konflikts und eine Unterstützung der Hilfskonvois in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht. Die Europäische Union hat Russland unter Androhung weiterer Sanktionen eine Woche gegeben, seinen Kurs zu ändern. Der Europäische Rat hat die Gewalttaten des Islamischen Staates im Irak verurteilt und die Staaten in der Region zur Zusammenarbeit aufgefordert, um dieser Bedrohung die Stirn zu bieten. Die Staatschefs begrüßten ebenfalls die durch Ägyptens Bemühungen erreichte Waffenruhe im Gazastreifen. In Bezug auf Libyen wird der Europäische Rat die Verschärfung des Embargos unterstützten und verurteilte äußere Einmischungen... [Fortsetzung](#)

F. Mogherini Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, D. Tusk Präsident des Europäischen Rates



Die 28 Staats- und Regierungschefs trafen sich am 30. August im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel. Sie einigten sich über die Nominierung der derzeitigen italienischen Außenministerin Federica Mogherini zur europäischen Chefdiplomatin. Sie wird auf 5 Jahre zur Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik ernannt und ersetzt Catherine Ashton. Dieses Amt ermöglicht seinem Inhaber zugleich den Posten des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission zu bekleiden. Die Zusammensetzung der Kommission wird indes noch nicht Gegenstand einer Einigung. Außerdem ersetzt der polnische Ministerpräsident Donald Tusk ab dem 1. Dezember 2014 bis zum 31. Mai 2017 Hermann Van Rompuy an der Spitze des Europäischen Rates... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Vorschriften zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten zwischen Anlegern und Staaten



Am 28. August hat die Europäische Kommission angekündigt, einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Schaffung einer globalen Investitionspolitik getan zu haben, indem sie eine Verordnung mit neuen Regeln zur Beilegung von Rechtsstreitigkeiten im Rahmen von mit ihren Handelspartnern geschlossenen Investitionsverträgen angenommen habe. Die Vorschriften der Verordnung, die die finanzielle Verantwortung im Rahmen zukünftiger Rechtsstreitigkeiten zwischen Anlegern und Staaten betreffen, stellen eine notwendige Komponente der gemeinsamen Investitionspolitik der EU dar. Sie legen den internen Rahmen der EU für die Beilegung zukünftiger Rechtsstreitigkeiten zwischen Anlegern und Staaten fest. Sie definieren, wer am besten dazu geeignet ist, die Interessen der Mitgliedstaaten und der Union im Falle der Anfechtung von Vorschriften der Verordnung (RDIE), der Handelsabkommen der Union oder des Vertrages über die Energiecharta zu verteidigen. Sie setzen außerdem die Prinzipien der Verteilung eventueller Kosten und Entschädigungen fest. Auch wenn die Mitgliedstaaten ebenso wie die EU jedwede Anfechtung ihrer Maßnahmen zurückweisen werden, wird es in jedem Fall zu einer engen Zusammenarbeit und Transparenz auf der Ebene der Europäischen Union und ihrer Institutionen kommen... [Fortsetzung](#)

Soforthilfsmaßnahmen für Milchsektor



Die Europäische Kommission kündigte am 28. August an, dass sie Hilfen für die private Lagerung von Milch, gewisse Käsesorten und Milchpulver zulassen werde, um den Einfluss der russischen Beschränkungen und deren negative Auswirkungen auf den Binnenmarkt zu mildern. Diese Hilfe, die zwischen 90 und 210 Tagen andauern wird, soll die Fixpreise kompensieren. Für einige dieser Produkte hat die Kommission auch die Periode der staatlichen Interventionen bis Ende 2014 ausgedehnt. Ein Dokument zur Umsetzung wird in den nächsten Tagen dem Regelungsausschuss vorgelegt. Bereits am 11. August habe man Soforthilfen in Höhen von 32,7 Millionen Euro für den Fisch- und Nektarinensektor sowie am 25.

August für den Obst- und Gemüsektor (125 Millionen Euro) vorgeschlagen...
[Fortsetzung](#)

EU gibt Hilfen in Höhe von 125 Millionen für den Gemüsektor frei



Die Europäische Union kündigte am 18. August an, den Gemüsektor, der für ein Jahr mit dem russischen Embargo auf westliche Nahrungsprodukte belegt wurde, mit 125 Millionen Euro zu unterstützen. "Der Gedanke ist, die vermarkteten Mengen zu reduzieren, damit die Preise nicht auf Krisenniveau fallen". Sobald die Maßnahmen offiziell sind, gelten sie rückwirkend zum 18. August und bleiben bis Ende November in Kraft. Die Hauptbegünstigten dieser Unterstützung werden die großen Obst- und Gemüselieferanten Russlands, Polens, Litauens, Belgiens und der Niederlande sein. Eine außerordentliche Sitzung der Landwirtschaftsminister ist für den 5. September in Brüssel vorgesehen, um den Einfluss des russischen Embargos zu erörtern...

[Fortsetzung](#)

EU öffnet seine Türen für Fische der Färöer-Inseln wieder



Die Europäische Union hat am 18. August beschlossen, den Import von Heringen und Makrelen, die von Booten der Färöer-Inseln gefischt wurden, wiederaufzunehmen, nachdem er im August 2013 als Reaktion auf die "nicht nachhaltige Bewirtschaftung" der Heringsbestände durch das Archipel verboten wurde. Wie die Europäische Kommission mitteilte, sei dieses Verbot am 20. August aufgehoben worden, weil die EU mit den Färöer-Inseln im Juni eine Einigung im Streit über die Heringfangquoten erzielt habe. Die Färöer-Inseln akzeptierten, "ihren nicht nachhaltigen Fischfang einzustellen und eine Heringfangquote von 40.000 Tonnen für 2014 anzunehmen", die "den Konservierungsaufwand der Bestände nicht gefährdet". Die europäischen Sanktionen, die aufgehoben wurden, enthielten außerdem die Schließung europäischer Häfen für die Flotte der Färöer-Inseln, die Hering und Makrelen fischt. Diese Einigung beendet den diplomatischen Konflikt, in welchem sich die EU und die Färöer-Inseln gegenüberstanden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Diplomatie :

Genehmigung für Waffenlieferung an kurdische Kämpfer



Die 28 EU-Außenminister haben sich am 15. August darüber geeinigt, die kurdischen Kämpfer, die die Dschihadisten des Islamischen Staats im Irak bekämpfen, mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Außerdem erörterten die Minister die Krise in der Ukraine. Nachdem über den Einmarsch russischer Panzer in der Ukraine berichtet worden sei, "drängten" sie Russland, jegliche Form von Kampfhandlungen an der ukrainischen Grenze unverzüglich zu "stoppen"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

EZB :

Entscheidungen der Europäischen Zentralbank



Am 7. August gab Mario Draghi, Präsident der Europäischen Zentralbank, anlässlich einer nach der wöchentlichen Sitzung des EZB-Rates gegebenen Pressekonferenz zu, dass die Krise mit Russland die europäische Wirtschaft schwächen könnte. Er erklärte, dass "das gesteigerte geopolitische Risiko die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen [des alten Kontinents] negativ beeinflussen kann". Dieses "geopolitische Risiko", von dem Draghi spricht, bezieht sich auf die Krise mit Russland, aber auch den Irak, den Nahen Osten, Syrien und Libyen und könnte eine Steigerung der Energiepreise hervorrufen sowie "die Binnennachfrage schwächen". Dennoch zeigte sich der Chefbanker der Eurozone vorsichtig, indem er unterstrich, dass "man erst am Anfang sei" und "den möglichen Einfluss" des wirtschaftlichen Gegenschlags Moskaus prüfen müsse. Die EZB werde die Auswirkungen der Krise mit Russland genau überwachen. Sie greift also ein, obwohl Mario Draghi eine "Verlangsamung des Wachstumsrhythmus" in Europa beobachtet hat. Der "Aufschwung bleibt schwach, anfällig und ungleich" unterstrich er... [Fortsetzung](#)

Rede von Mario Draghi in Jackson Hole



Bei einem Treffen mit den Präsidenten der Zentralbanken führender Wirtschaftsnationen in den USA hat der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, seine Bereitschaft erklärt, mehr zu tun, um die Beschäftigung in Europa zu unterstützen, wenn das notwendig sei.

Allerdings befreite er die Regierungen nicht von deren Verpflichtung, Strukturmaßnahmen zu ergreifen. Mario Draghi wies darauf hin, dass die EZB, die die europäische Wirtschaft bereits unter großem Krafteinsatz unterstützt, bereit sei, bei Bedarf noch mehr zu tun. Insbesondere gelte das für die Verstärkung von Maßnahmen zur Ankurbelung von Bankkrediten über den Rückkauf forderungsbesicherter Wertpapiere (ABS). Dennoch nahm der Präsident der EZB die europäischen Staaten klar in die Verantwortung. "Keine Haushalts- oder Währungseinigung kann die notwendigen Strukturreformen in der Eurozone kompensieren", unterstrich er und präzisierte, "die nationalen Strukturmaßnahmen [...] können nicht verschoben werden. Die Reformagenda deckt den Arbeitsmarkt, die Produktmärkte sowie die Hilfsmaßnahmen für Unternehmen" stellte er klar...
Fortsetzung

Deutschland :

Deutsche Frauen schlecht bezahlt



Die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen ist sehr viel größer als es die Lohnunterschiede in Deutschland erahnen lassen. Frauen verdienen, wenn man die Gesamtheit der Einkommen berücksichtigt, nur die Hälfte dessen, was Männer verdienen. Schließt man alle arbeits-, kapital- und immobilienbedingten Einkommen ein, bekommt eine Frau in Deutschland durchschnittlich 49 % weniger als ein Mann, erklärt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer Studie, die am 27. August veröffentlicht wurde. Im Allgemeinen "üben Frauen häufiger als Männer Berufe aus, die schlechter bezahlt sind", erinnert Stefan Bach, Verfasser der Studie...
Fortsetzung

Balkankonferenz



Am 28. August hat im Beisein der Bundeskanzlerin Angela Merkel und des Präsidenten der Europäischen Kommission José Manuel Barroso die Balkankonferenz in Berlin stattgefunden. In seiner Schlussrede erinnerte Barroso daran, dass man zum Ziel gehabt habe, dass alle Balkanstaaten der Europäischen Union beitreten, dies jedoch zum Teil davon abhängt, wie schnell sie die Reformen umsetzen. Kürzlich ließen Albanien, Serbien und der Kosovo bereits vielversprechende Fortschritte erkennen. Die Konferenz unterstrich, dass die regionale Zusammenarbeit dennoch unzureichend ist und zahlreiche Hindernisse fortbestehen, die nicht allein durch europäische Gelder und Hilfen gelöst werden können...
Fortsetzung

Angela Merkel in der Ukraine



Bundeskanzlerin Angela Merkel bekräftigte auf ihrer Ukraine-Reise am 23. August anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Präsidenten Petro Porochenko, dass "man den Frieden nicht allein erreichen kann". In Kiew forderte die Kanzlerin bilaterale Initiativen mit dem Ziel, eine friedliche Lösung im Ukraine-Konflikt herbeizuführen. Deutschland stellt der Ukraine Kreditsicherungen in Höhe von 500 Millionen Euro zur Verfügung. Dieses Geld dient der Förderung des Wiederaufbaus und der Bildung einer Rahmensicherung für die ukrainische Infrastruktur. Das solle private Investitionen ins Datennetz, elektronische Installationen, Schulen, aber auch in Wasserversorgungssysteme ermöglichen. 25 Millionen Euro sollen der Finanzierung von Unterkünften für Personen dienen, die derzeit nicht in ihrem Heimatland leben können. Außerdem soll Verwundeten Hilfe für ihre Behandlung bereitgestellt werden...
Fortsetzung

Sieg der CDU in Sachsen



Die CDU der Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bei den Landtagswahlen in Sachsen abermals gewonnen, die Antieuropapartei Alternative für Deutschland (AfD) zog zum ersten Mal in den Landtag eines Bundeslandes ein. Die Christdemokraten (CDU) erreichten 39,4 % der Stimmen, Die Linke 18,9 %, die Sozialdemokraten der SPD 12,4 % und die AfD (Alternative für Deutschland) 9,7 %. Die Wahlbeteiligung betrug 49,2 %...
Fortsetzung

Österreich :

Neuer Finanzminister

Die christdemokratische Partei Österreichs (ÖVP) hat am 31. August der Nominierung von Hans Jörg Schelling zum Finanzminister



zugestimmt. Er folgt auf Michael Spindelegger, Vizekanzler und Vorsitzender der ÖVP, der am 26. August überraschend zurückgetreten war. Unterdessen übernahm Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner die Nachfolge Michael Spindelerggers an der Parteispitze und wird damit zur Nummer zwei in der Regierung der Großen Koalition, die aus Konservativen und Sozialdemokraten (SPÖ) besteht und erst im Dezember 2013 wiedergewählt worden war... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Kabinettsumbildung in Frankreich



Der französische Premierminister Manuel Valls setzt sein Amt nach dem Rücktritt seiner Regierung am 25. August fort. Die Regierung Valls II ist paritätisch besetzt, weil jeweils 8 Minister Männer und Frauen sind. Najat Vallaud-Belkacem wird Ministerin für Bildung, Hochschulen und Forschung, Fleur Pellerin Ministerin für Kultur und Kommunikation, Emmanuel Macron Minister für Wirtschaft, Industrie und digitale Ökonomie und Patrick Kanner Minister für Städte, Jugend und Sport. Thomas Thevenoud wurde zum Staatssekretär für Außenhandel, Tourismus und Auslandsfranzosen, Alain Vidalies zum Staatssekretär für Verkehr und maritime Wirtschaft, Pascale Boistard zur Staatssekretärin für Frauenrechte und Myriam El Khomri zur Staatssekretärin für Stadtentwicklung ernannt. Die neue Mannschaft soll "in Übereinstimmung mit den Leitlinien" sein, die der Premierminister definiert hat, ließ der Staatschef verlauten... [Fortsetzung](#)

Italien :

Unterstützung für Italien zur Bewältigung der Flüchtlingsströme



Am 27. August erhielt der italienische Innenminister Angelino Alfano die Unterstützung der Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, dafür, dass die Europäische Agentur Frontex nach und nach die italienischen Soldaten bei der Bewältigung der Flüchtlinge, die über Italien nach Europa wollen, ablösen könne.

"Wir werden die nötigen Schritte analysieren und einen Aufruf zur Beteiligung der Mitgliedsstaaten auf den Weg bringen, um diese Frontex-Mission ab November zu starten", versprach Cecilia Malmström. "Die Zeit der mitfühlenden Absichtserklärungen ist vorbei, die Mitgliedsstaaten müssen nun ihre Solidarität zeigen", fügte sie hinzu. Nach dem Drama von Lampedusa im Oktober 2013 startete die italienische Armee die vorläufige Operation "Mare Nostrum". Der Abschluss der Mission, die darauf abzielt, Schiffsbrüche von Flüchtlingen im Mittelmeer weiter zu verhindern, ist für Ende Oktober angekündigt. Obwohl sich bei den Hilfsaktionen auch viele Dramen abspielten, nahm die italienische Marine mehr als 100 000 illegale Einwanderer erfolgreich auf, darunter vor allem Erytreer und Syrer. Das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) zog eine Bilanz von 2000 Toten seit Januar... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rumänien :

Gaspipeline mit Moldawien



Die Premierminister von Rumänien und Moldawien, Victor Ponta und Iurie Leanca, haben am 27. August eine Gaspipeline eingeweiht, die Moldawien ermöglicht, seine Abhängigkeit vom russischen Gas zu reduzieren. Bei der feierlichen Eröffnung erklärte Ponta im Beisein des Energiekommissars Günther Oettinger, dass Moldawien dank dieser Gaspipeline nicht mehr fürchten müsse, vom russischen Ölriesen Gazprom, seinem bisher einzigen Lieferanten, seiner Energie beraubt zu werden... [Fortsetzung](#)

Vereintes Königreich :

Positiver Migrationssaldo im Vereinten Königreich



Nach Statistiken, die am 28. August veröffentlicht wurden, verzeichnete das Vereinte Königreich 2014 einen positiven Migrationssaldo von 243.000 Personen, was einer Nettosteigerung von 39 % entspricht, obwohl die Regierung den Saldo bis 2015 auf unter 100.000 zurückführen möchte. Der Migrationssaldo im Vereinten Königreich - Differenz von Zugängen und Abwanderungen - verbuchte einen "starken Anstieg" von 68.000 Personen innerhalb eines Jahres, also von 175.000 auf 243.000,

Türkei :

Türkei - neuer Präsident und neue Regierung



In einer von den Abgeordneten der führenden Oppositionspartei gemiedenen Einführungszeremonie hat der neue türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan am 28. August seinen Amtseid vor dem Parlament in Ankara abgelegt. Recep Tayyip Erdogan, der seit 2003 an der Spitze der Regierung stand, wurde am 8. August mit 52 % der Stimmen im ersten Wahlgang ins höchste Staatsamt gewählt. Zum ersten Mal wurde das allgemeine direkte Wahlrecht angewendet. Der 60 jährige Erdogan, der auf Abdullah Gül folgt, schwor, "an der Verfassung, der Hoheit des Rechts, der Demokratie, den Staatsprinzipien und Reformen Atatürks sowie den Prinzipien der laizistischen Republik" festzuhalten. Am 27. August hatte der türkische Präsident die Führung der Regierungspartei (AKP) Ahmet Davutoglu anvertraut, der ihm die Fortsetzung seiner Politik garantierte. Premierminister Ahmet Davutoglu hat eine Regierung gebildet, die sich "der Fortsetzung der Politik ihrer Vorgänger" verschrieben hat... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Ukraine :

Parlamentsauflösung, Wahlen am 26. Oktober



Der ukrainische Präsident Petro Porochenko hat am 25. August 2014 das Parlament aufgelöst und Parlamentswahlen für den 26. Oktober angekündigt. "Ich habe mich dazu entschlossen, den Befugnissen des Parlaments vorzeitig ein Ende zu bereiten", kündigte der Präsident an. "Das neue Parlament wird am 26. Oktober gewählt", gab er an. Die Entscheidung des Präsidenten, das Parlament, die Werchowna Rada, aufzulösen, war erwartet worden, nachdem die Koalitionsregierung im Juli zerfallen sei und Porochenko am 1. August erklärte, die Parlamentswahlen im Herbst dieses Jahres und nicht erst, wie ursprünglich vorgesehen, 2017 durchzuführen... [Fortsetzung](#)

Angespannte Lage in der Ostukraine



Die europäischen Staaten, die USA, die Vereinten Nationen sowie die NATO haben einhellig die Präsenz russischer Panzer in der Ostukraine verurteilt. Trotzdem begab sich der russische Präsident Wladimir Putin am 26. August zu einem Regionalgipfel ins weißrussische Minsk, auf welchem der ukrainische Präsident Petro Porochenko und die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik Catherine Ashton vertreten waren. Die Diskussionen hatten keinen Erfolg und die Lage hat sich durch die Präsenz russischer Panzer in der Ostukraine seit dem 28. August verschlimmert. Präsident Porochenko erklärte sogar, "die russische Invasion hat begonnen". Er sagte seinen geplanten Besuch in der Türkei wegen der "schnellen Verschlechterung der Situation" im Osten der Ukraine ab und forderte die Europäische Union sowie die USA dazu auf, russische Vermögen einzufrieren und militärische Hilfe gegen den Einmarsch russischer Truppen im Osten, der den Ausbruch eines offenen Krieges zwischen Russland und der Ukraine befürchten lässt, zur Verfügung zu stellen. Auf Anfrage Litauens berief der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Sondersitzung ein... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europarat :

Zweifel an Unabhängigkeit der Justiz



Die Staatengruppe gegen Korruption (GRECO), die dem Europarat angehört, hat am 28. August einen Bericht veröffentlicht, der sich mit der Korruptionsprävention belgischer Parlamentarier, Richter und Mitglieder der Staatsanwaltschaft befasst. Das Dokument merkt insbesondere an, dass ein periodischer Bericht über die Funktionsfähigkeit der Justiz "in einem Land, das durch erhebliche Disparitäten zwischen den Regionen sowie zwischen den Gerichtshöfen gekennzeichnet ist" fehle. Der Hohe Justizrat ist dazu aufgerufen, seine Untersuchungs- und Prüfungsbefugnis noch mehr zu nutzen. Die GRECO beobachtet außerdem, dass ein großes Spektrum von Personen ins Richteramt berufen werde und empfiehlt deshalb, sich davon zu überzeugen, dass diese "über die notwendigen Garantien und sachgemäßen Vorschriften hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit, Unparteilichkeit, Integrität, Überprüfung und einschlägigen Sanktionen verfügen". Die GRECO schließt mit der Forderung an Belgien, den Empfehlungen vor dem 30. September 2015 zu entsprechen... [Fortsetzung](#)

IWF :

Neue Hilfszahlung des IWF an die Ukraine



Am 29. August hat der Internationale Währungsfonds erklärt, eine Neufassung der ersten von der Ukraine getroffenen Maßnahmen im Zuge des Wirtschaftsprogramms angenommen zu haben. Diese Neufassung erlaubt die Bereitstellung von 1,39 Milliarden Dollar, was insgesamt 4,51 Milliarden Dollar im Rahmen der Übereinkunft entspricht. Im Allgemeinen wurden die empfohlenen Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik angenommen und die ukrainischen Behörden hielten an der Entscheidung schwieriger Maßnahmen trotz des unsicheren politischen Klimas fest. Dennoch belastet der Konflikt in der Ostukraine die Wirtschaft und Gesellschaft, sodass ergänzende Maßnahmen notwendig sind, um die Ziele in den kommenden Monaten zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Außenhandelsüberschuss der Eurozone in Höhe von 16,8 Milliarden Euro



Nach ersten Schätzungen der Eurostat, die am 18. August veröffentlicht wurden, verzeichnete die Eurozone im Juni 2014 einen Außenhandelsüberschuss von 16,8 Milliarden Euro, im Juni 2013 waren es +15,7 Milliarden. Der im Mai 2014 verbuchte Saldo betrug +15,4 Milliarden Euro, im Mai 2013 waren es +14,6 Milliarden. Im Vergleich zu Mai 2014 sanken die Exporte im Juni 2014 saisonbedingt um 0,5 %, während die Importe um 0,5 % stiegen. Was den Gesamthandel der Mitgliedstaaten anbelangt, hat Deutschland den größten Überschuss (+84 Milliarden Euro zwischen Januar und Mai 2014), gefolgt von den Niederlanden (+25,2 Milliarden), Irland und Italien (jeweils +14,1 Milliarden). Das Vereinte Königreich beklagt das größte Defizit (-48,1 Milliarden Euro), gefolgt von Frankreich (-30,4 Milliarden), Spanien (-10,1 Milliarden) und Griechenland (-8,8 Milliarden)... [Fortsetzung](#)

BIP in der Eurozone stabil und in der EU leicht angestiegen



Nach Schätzungen von Eurostat, die am 14. August für das zweite Trimester 2014 veröffentlicht wurden, seien das BIP der Eurozone stabil geblieben und das der EU um 0,2 % gestiegen. Das bedeutet einen Anstieg von +0,7 % und +1,2% im Verhältnis zum zweiten Trimester 2013. Das BIP der USA stieg im zweiten Trimester 2014 um 1 % im Vergleich zum vorherigen Trimester (nach -0,5 % im ersten Trimester 2014). Im Verhältnis zum Trimester 2013 nahm das BIP um 2,4 % zu (nach +1,9 % im ersten Trimester 2014)... [Fortsetzung](#)

10,2 % EU-Arbeitslosigkeit



Nach Angaben der Eurostat, die am 29. August veröffentlicht wurden, liegt die Arbeitslosenquote in der Eurozone im Juli 2014 saisonbedingt bei 11,5 %. Diese Zahl sei im Vergleich zu Juni 2014 stabil geblieben, im Verhältnis zur Quote von 11,9 % im Juli 2013 allerdings gesunken. In der Europäischen Union habe die Arbeitslosigkeit im Juli 2014 im Vergleich zu Juni 2014 unverändert bei 10,2 % gelegen, was jedoch einen Rückgang im Verhältnis zur Arbeitslosenquote von 10,9 % im Juli 2013 bedeute. Eurostat hat berechnet, dass im Juli 2014 24.850 Millionen Männer und Frauen in der EU arbeitslos gewesen seien, davon 18.409 Millionen in der Eurozone. Im Vergleich zu Juni 2014 sei die Zahl der Arbeitslosen in der EU um 41.000 gesunken und in der Eurozone damit quasi unverändert geblieben. Vergleicht man die Zahlen mit Juli 2013, so sei die Arbeitslosigkeit um 1.634 Millionen Menschen in der EU und 725.000 in der Eurozone zurückgegangen. Innerhalb der Mitgliedstaaten verzeichnen Deutschland und Österreich die niedrigsten Arbeitslosenquoten (jeweils 4,9 %), Griechenland (27,2 % im Mai 2014) und Spanien (24,5 %) die höchsten. In einem Jahr sei die Arbeitslosigkeit in den 22 Mitgliedstaaten gesunken, in drei gestiegen und drei weiteren unverändert geblieben... [Fortsetzung](#)

Sinkende jährliche Inflationszahlen



Das Statistikamt der Europäischen Union Eurostat schätzte die jährliche Inflationszahl der Eurozone im August auf 0,3 %, weniger als im Juli, als es noch 0,4 % waren. Die Dienstleister sind als Hauptkomponenten der Inflation von der höchsten jährlichen Inflationszahl betroffen (1,2 % gegenüber 1,3 % im Juli), gefolgt von Industriegütern außer Energie (0,3 % gegenüber 0,0 % im Juli), Nahrungsmitteln,

alkoholischen Getränken und Tabak (-0,3 %, unverändert im Vergleich zu Juli) und Energie (-2 % gegenüber -1 % im Juli)... [Fortsetzung](#)

Kultur :

71. Internationale Filmfestspiele von Venedig



Die Internationalen Filmfestspiele von Venedig öffnen ihre Türen vom 26. August bis zum 6. September. Die 1932 gegründete Mostra ist das älteste Kinofestival der Welt. Die Veranstaltung ist Teil der umfangreichen Biennale di Venezia, einer zeitgenössischen Kunstausstellung, zu der auch das Kino gehört. Unter den fünfzig Langzeitdokumentarfilmen, die bis zum 6. September vorgeführt werden, konkurrieren zwanzig um den Goldenen Löwen. Dieser wird von einer Jury verliehen, welcher der französische Filmmusikkomponist Alexandre Desplat vorsitzt, der der erste Präsident seit der Gründung der Mostra im Jahr 1932 ist, welcher weder als Filmregisseur noch als Schauspieler tätig war... [Fortsetzung](#)

Visum fürs Bild



Das größte internationale Festival für Fotojournalismus, das jedes Jahr in Perpignan stattfindet, ist bis zum 14. September geöffnet. Das Festival, das ein außergewöhnlicher Treffpunkt für Liebhaber der Fotografie ist, führt Tausende Besucher mit derselben Leidenschaft zusammen. Man kann Ausstellungen in der ganzen Stadt erkunden und atemberaubende Reportagen entdecken, die von Fotojournalisten aus der ganzen Welt realisiert wurden. Außerdem kann man Freiluftprojektionen in der prächtigen Mittelalterumgebung des Klosters von Campo Santo beiwohnen; an Kolloquien und Treffen teilnehmen; an Ständen von Agenturen und großen Marken der Fototechnologie Termine vereinbaren... [Fortsetzung](#)

Agenda :



1. - 4. September

Brüssel

Europäisches Parlament, Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit, Ausschusswoche



4. September

Frankfurt

Rat der EZB



4. und 5. September

Wales

NATO-Gipfel



5. September

Brüssel

Rat für Landwirtschaft und Fischfang

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Chefredakteur : Charles de Marcilly
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)